

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/85

6. Mai 1974

SPD vor neuem Auftrieb

Schlußfolgerungen aus der Kommunalwahl im Saarland

Von Friedel Läßle MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Saar

Seite 1 und 1a / 74 Zeilen

Vollzugsdefizit im Umweltschutzrecht

Führt Gesetzeseinflation zur Vollzugskrise?

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 2 und 3 / 51 Zeilen

Auf beiden Seiten unrealistische Sicherheitspolitik

Feststellungen zu den Thesen der CDU/CSU und des "Anti-Weißbuches"

Von Alfons Pawelczyk MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Seite 4 und 5 / 49 Zeilen

CDU/CSU betreibt oppositionelle Gegenaufklärung

Neuer Vorstoß gegen Bundeszentrale für politische Bildung

Von Karl-Heinz Hansen MdB
Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung

Seite 6 und 7 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 126 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 00

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
KAB 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24

SPD vor neuem Auftrieb

Schlußfolgerungen aus der Kommunalwahl im Saarland

Von Friedel Läßle MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD-Saar

Das Ergebnis der Kommunalwahl 1968 mit 36,5 vH. zu halten, war erklärtes Ziel der saarländischen Sozialdemokraten. Dieses Ziel haben wir erreicht und darüber hinaus noch rund eine vH. hinzugewonnen. Im Vergleich zu anderen regionalen Wahlen der letzten Monate ist dieses Resultat ohne Zweifel als Erfolg für die SPD insgesamt zu werten. Unsere Ausgangsposition für die Landtagswahl 1975 hat sich verbessert. Auch für unsere Freunde in Niedersachsen, die im nächsten Monat ihre Mehrheit im Landesparlament zu verteidigen haben, sollte die Kommunalwahl an der Saar Ansporn sein und Auftrieb geben.

Bemerkenswert ist vor allem die Tatsache, daß wir in der Landeshauptstadt Saarbrücken erstmals die Möglichkeit haben, zusammen mit den Freien Demokraten eine auf einer sicherer Mehrheit basierende Koalition zu bilden. Gleiches gilt für die Mittenstadt Völklingen, die Stadt Sulzbach und einige andere Gemeinden. In Neunkirchen konnte die absolute Vormachtstellung der SPD behauptet werden. Neben solchen erfreulichen Feststellungen müssen wir allerdings auch schmerzliche Verluste registrieren. In Saarlouis, wo der sozialdemokratische Oberbürgermeister Manfred Henrich seit Jahren eine vorbildliche Kommunalpolitik betreibt, wurde die Mehrheit knapp verpaßt, ebenso in der Großgemeinde Hausweiler, wo mit MdL Paul Quirin ebenfalls jahrelang einer unserer profiliertesten Kommunalpolitiker an der Spitze gestanden hatte. Gerade in diesem Fall wirkte sich die auf CDU-Parteiinteressen zugeschnittene Gebietsreform für uns negativ aus: Zu der Kerngemeinde Hausweiler mit ihrer stabilen SPD-Mehrheit wurden einige länd-

liche CDU-Hochburgen geschlagen.

Anderorts zeigte sich, daß unsere Bürger auch innerparteiliche Vorgänge aufmerksam registrieren. In einer neuen Großgemeinde und in einem neuen Stadtteil von Saarbrücken erhielt unsere Partei die Quittung dafür, daß interne Auseinandersetzungen auf offenem Markt ausgetragen worden waren. Wo sich die SPD jedoch geschlossen zeigte, wo ein intensiver Wahlkampf geführt wurde, wo man sich um jede Wählerstimme bemühte, dort honorierten die Wähler unser Bemühen. Mit einigem Stolz darf ich dabei auch auf das Ergebnis meiner Heimatgemeinde Heiligenwald (jetzt Großgemeinde Schiffweiler) verweisen, wo wir rund 20 vH. hinzugewannen. Mit Sicherheit haben dazu auch meine rund 1.500 Hausbesuche beigetragen.

Obwohl wir unser selbstgestecktes Ziel im Lande erreicht haben, müssen wir ohne Beschönigung einräumen, daß die CDU mit dem Gewinn von rund 50 vH. der Wählerstimmen den größeren Erfolg erzielen konnte. Außer dem von dieser Partei mit gewaltigem Einsatz von Personen und Material geführten Wahlkampf - die Mitglieder der Landesregierung sahen für viele Wochen kaum ihre Ministerien von innen - sind zwei weitere landespolitische Faktoren ausschlaggebend: Fast überall im Land lösten sich die freien Listen auf, deren Wählerschaft zum größten Teil zur CDU ging; und die Christdemokraten profitierten vom Verschwinden der NPD. Doch es gibt auch andere Gründe für den hohen Zugewinn der CDU. Die Kommunalwahl an der Saar fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem das bundesweite Stimmungstief der Sozialdemokraten noch immer spürbar ist. Viele Saarländer, die der SPD bei der Bundestagswahl 1972 zum erstenmal ihre Stimme gaben und uns zu dem herausragenden Ergebnis von 47,9 vH. verhalfen, wandten sich am Sonntag wieder der CDU zu. Insofern zahlte sich für die Union ihre bundesweit betriebene Verunsicherungspolitik auch diesmal noch aus, zumal die konstruktive, die Arbeitnehmerinteressen in den Vordergrund stellende Politik der Bundesregierung nicht genügend Eingang in das Bewußtsein unserer Bürger gefunden hat.

Daß die Bevölkerung der von der Bonner Koalition betriebenen Politik nach wie vor aufgeschlossen gegenüber steht, konnten wir während des Wahlkampfes feststellen. Die SPD Saar hat die Auseinandersetzung mit bundespolitischen Themen offensiv geführt. Doch oft mußte man in den Veranstaltungen zur Kenntnis nehmen, daß unsere sozialpolitischen Leistungen weitgehend unbekannt sind, und daß die vordergründige Stimmungsmache der CDU bessere Resonanz findet. Hier sehe ich die Hauptlehre aus der Kommunalwahl an der Saar wie auch aus den vorangegangenen Wahlen in anderen Bundesländern: rechtzeitig und richtig verdeutlichen, wer Politik für die Mehrheit unseres Volkes macht. Diese Erkenntnis sollte in den Führungsgremien der SPD umgehend zu konsequenter Aktivität führen. (-/6.5.1974/ks/pr)

+ + +

Vollzugsdefizit im Umweltschutzrecht

Führt Gesetzesinflation zur Vollzugskrise?

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockanhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestags

Die Parlamentarstatistik zeigt, daß Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat in der fünften Legislaturperiode (1965 bis 1969) 665 Gesetzentwürfe eingebracht haben, von denen 453 verkündet wurden. Die um ein Jahr verkürzte sechste Legislaturperiode (1969 bis 1972) weist 577 eingebrachte Gesetzentwürfe aus, von denen 333 verkündet wurden. Für die jetzt laufende siebte Legislaturperiode sind bereits 362 eingebrachte Gesetzentwürfe zu verzeichnen, 122 konnten bereits verkündet werden. Dazu kommen noch die Zahlen für die Bundesländer, für die zahlreichen Rechtsvorschriften in den Kommunen sowie für die europäische Ebene.

Wer die Breite der gesetzgeberischen Arbeit übersieht, den wundert es nicht, daß der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen in seinem "Umweltgutachten 1974" vom März 1974 die Auffassung vertritt, daß ein beträchtliches "Vollzugsdefizit" bei den umweltschutzbedeutsamen Rechtsvorschriften bestehe (Seite 438 bis 441 des Gutachtens). Das Ausmaß dieses "Vollzugsdefizits" werde allerdings erst in einigen Jahren ersichtlich sein, wenn u.a. die aufgrund des Gesetzes über Umweltstatistiken und des Bundes-Immissionsschutzgesetzes möglichen Erhebungen durchgeführt und ausgewertet worden sind.

Im einzelnen führt der Rat aus, es müsse sich für die "Grundbereiche der Umweltpolitik" - Wasserhaushalt, Immissionsschutz, Abfallbeseitigung - noch erweisen, inwieweit die gesetzgeberischen Bemühungen das bisher bestehende "Vollzugsdefizit" verringern könnten. Die Gründe und Abhilfemöglichkeiten für das "Vollzugsdefizit" seien noch kaum untersucht und bedürften verwaltungswissenschaftlicher Forschungen. Notwendig sei jedoch schon jetzt eine umfassende Unterrichtung aller entsprechender Verwaltungsangehöriger, die Heranbildung von Fachkräften sowie Organisationsregelungen, die die Zuständigkeitsüberschneidungen, -lücken und

-zweifel auf ein Mindestmaß herabsetzen.

Diese Feststellungen, für einen bestimmten Sektor der Gesetzgebung, nämlich das Umweltschutzrecht, getroffen, weisen auf das allgemeine Problem des Vollzugsdefizits hin, das mehr und mehr in das Bewußtsein der betroffenen Behörden und Verwaltungsorgane, damit zugleich aber auch in das Bewußtsein der gesetzgebenden Institutionen rücken muß. Ein ganz wesentlicher Grund dafür, daß es zu Totsachen kommen konnte, die den Schluß auf das Vorliegen eines Vollzugsdefizits erlauben, liegt m.E. darin, daß die Zahl der von den gesetzgebenden Institutionen verabschiedeten Gesetze und Novellen zu solchen Gesetzen ein Ausmaß erreicht hat, das die Verwaltungen allmählich vor schwer lösbare Ausführungsprobleme stellt. Nicht zu Unrecht spricht man in diesem Zusammenhang von einer Gesetzesinflation, der wiederum die gute Absicht zugrundeliegt, möglichst jeden Fall nahe an eine gerechte Lösung heranzubringen. Für die Gesetzgebung ergibt sich neben der Fülle neuer Gesetze zusätzlich, daß diese neuen Gesetze auch umfangreicher, weil kasualistischer und näher am Präzedenzfall gearbeitet, ausfallen.

Die Frage ist, wo wir in der Bundesrepublik im Augenblick stehen. Können wir nur von einem Vollzugsdefizit in einzelnen Bereichen sprechen oder gibt es bereits Anzeichen dafür, daß wir - partiell oder aufs Ganze gesehen - an einer Schwelle angelangt sind, von der ab man von einer Vollzugskrise sprechen muß? Bundestag und Bundesrat sind gefordert. Die Bundesregierung sollte die Frage des Vollzugsdefizits zum Gegenstand einer grundsätzlichen Prüfung mit den Ländern und mit dem Bundesrechnungshof machen, um Klarheit über diese drängende Frage zu erhalten.

(-/6.5.1974/bgy/pr)

+ + +

Auf beiden Seiten unrealistische Sicherheitspolitik

Feststellungen zu den Thesen der CDU/CSU und des "Anti-Weißbuche"

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Die sicherheitspolitische Konzeption des "Anti-Weißbuches" ist genauso unrealistisch wie die der Opposition: Beide lehnen im Grunde die "Zwei-Säulen-Theorie" ab, die Sicherheit und Entspannung gleichermaßen einbezieht. Diejenigen, die das "Anti-Weißbuch" verantworten, sind z.T. auch jene, die unsere Sicherheitspolitik für falsch halten: sie kritisieren die Säule Sicherheit. Ich sehe mich im Gegensatz zu ihnen außerstande, den sicherheitspolitischen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für die NATO einseitig zu reduzieren.

Die neue Sicherheitspolitik, die der SPD-FDP-Koalition, hat mit großem politischen Mut die Entspannungspolitik eingeleitet. Wir werden dafür sorgen, daß alles versucht wird, Truppen und Waffen abzubauen, jedoch bei der NATO und beim Warschauer Pakt, also auf beiden Seiten zugleich, damit für uns kein unverantwortliches Sicherheitsrisiko entsteht. Wer davon überzeugt ist, daß die Bundesrepublik Deutschland einseitig, also allein, mit dem Abbau der Verteidigung beginnen muß, dem stellen sich natürlich die Fragen, die zu diskutieren sind, in anderer Weise. Die Diskussion, die das "Anti-Weißbuch" auslöst, muß angenommen werden. Der konzeptionelle Ansatz darf dabei nicht übersehen werden; er beeinflusst natürlich die Aussagen, die das "Anti-Weißbuch" in seinen sieben Kapiteln trifft.

Die CDU/CSU hat es nie gewagt, die Entspannung zu einer tragfähigen Säule ihrer Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln: Aus Angst vor der innenpolitischen Diskussion, die sich daraus zwangsläufig ergibt. Wer

eine politische Perspektive zugunsten einer Entspannungspolitik entwickelt, wird ständig z.B. den Verteidigungsbeitrag vor dem Hintergrund seiner Entspannungspolitik sehr konkret begründen müssen. Der "Überraschungsangriff des Warschauer Pakts am Wochenende" wird nach wie vor gefühlsmäßig unterstellt und beeinflußt die sicherheitspolitischen Argumente der CDU/CSU. Die so empfundene Bedrohung nimmt an, daß regionale und partielle Ungleichgewichte, die zugegebenermaßen in Mitteleuropa zu unserem Nachteil vorhanden sind, bei den Überlegeneren eine hohe Konfliktbereitschaft erzeugt. Dieser Denkansatz kollidiert mit der NATO-Strategie der glaubwürdigen Abschreckung, die den potentiellen Gegner einem un kalkulierbaren Risiko aussetzt.

Nur wenn der Gegner davon ausgehen kann, sein Risiko kalkulieren und damit den Konflikt in der von ihm gewünschten Weise begrenzen zu können, ist es logisch, hohe Konfliktbereitschaft zu unterstellen. Der Aggressor ist zwar in der Lage, begrenzte Konflikte auszulösen, jedoch außerstande, den Konfliktablauf zu beherrschen, d.h., daß auch von ihm beabsichtigte begrenzte Konflikte, z.B. in Form von Faustpfand-Unternehmungen, bereits die Dimensionen eines un kalkulierbaren Risikos enthalten. Der Bündnisfall mit dem Einsatz des gesamten Spektrums der Reaktionsmöglichkeiten der NATO, von der konventionellen Antwort bis zum Einsatz strategischer Nuklearwaffen, wäre herausgefordert. Der Warschauer Pakt setzte sich damit einem Risiko aus, das er politisch nicht verantworten kann und will.

Die Opposition wählt also falsche Bezugsebenen, wenn sie die konventionelle militärische Überlegenheit des Warschauer Pakts in Mitteleuropa gleichsetzt mit dessen hoher Bereitschaft zum Konflikt. Strategie und Potential der NATO garantieren nach wie vor eine funktionierende Abschreckung.

(-/6.5.1974/ka/pr)

+ + +

CDU/CSU betreibt oppositionelle Gegenaufklärung

Neuer Vorstoß gegen Bundeszentrale für politische Bildung

Von Karl-Heinz Hansen MdB

Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung

Mit der Kampagne gegen die hessischen Rahmenrichtlinien für Gesellschaftslehre und gegen die nordrhein-westfälischen Richtlinien für den politischen Unterricht erfaßte die in der Bundesrepublik wogende konservative Grundwelle auch den Bereich der Bildung. Wie gewohnt, versuchen CDU/CSU-Politiker, auf ihr zu reiten, um unaufgeklärte Interessen gegen politische Vernunft unangemessen zu vertreten und wann möglich durchzusetzen.

Jetzt ist die Bundeszentrale für politische Bildung in ihr Schußfeld geraten. Stein des Anstoßes ist die Nummer 9 der Bundeszentrale-Zeitschrift "PZ", die sich mit dem Thema "Schule" befaßt. Die Autoren des Heftes tun dies sehr kritisch und in einer Sprache, die Aussicht hat, von Lehrlingen, Schülern und solchen Erwachsenen, die mit ihnen noch in ein wirkliches Gespräch kommen, verstanden zu werden. Angesichts der herausgehobenen Funktion des Lehrers für die Organisation von Unterricht und Erziehung, für die Zuteilung beruflicher und gesellschaftlicher Chancen sowie für die Umsetzung aller Reformen werden Rolle und Verhaltensweisen der Lehrer von den Autoren und den unmittelbar betroffenen Schülern ganz besonders kritisch abgehandelt.

Die Verantwortlichen kennzeichnen ausdrücklich ihre Absicht, "hart und aggressiv" zu einer Diskussion über das Thema zu provozieren, die dann in den Heften 12 und 13 fortgesetzt und dokumentiert werden soll. Dieses Heft kann also als ein Versuch gelten, anerkannte Grundforderungen an

das politische Lernen in publizistische Praxis umzusetzen: Interesse an gesellschaftlichen Problemen zu wecken, vorgefundene politische Konflikte auf alternative Lösungen hin zu durchdenken und schließlich die Bereitschaft zu aktivem politischen Handeln zu erzeugen.

Statt zu problemlösendem Denken fühlte sich die CDU/CSU-Opposition aber lediglich zu Polemik und Obstruktionen provoziert. Nachdem ein CSU-Mitglied des über die Bundeszentrale für politische Bildung wachenden Kuratoriums bereits vor Wochen im PZ-Heft "Schule" einen Beitrag zum "gesellschaftlichen Umsturz in der Bundesrepublik" ausgemacht und vergeblich die sofortige Unterbindung des "politischen Masochismus, der dazu beiträgt, die Fundamente zu unterminieren" vom Innenminister verlangt hatte, tut sich jetzt die gesamte CDU/CSU-Fraktion mit einer Parlamentarischen Anfrage hervor.

Seit der Diskussion um den Film "Rote Fahnen sieht man besser" ist dem Kuratorium die Auffassung der Oppositionsvertreter von der politischen Bildung als einer Harmonisierungs- und Beschwichtigungspädagogik bekannt. Ihre Absicht, auf der Kuratoriumssitzung am Dienstag mit dem einzigen Tagungsordnungspunkt "PZ"- "Schule" die Einstellung der Publikationsreihe zu verlangen, ist deshalb nicht schwer vorauszusagen. Das Kuratorium muß diesen Vorstoß oppositioneller Gegenaufklärung abwehren. Alle Demokraten haben ein Interesse daran, daß die Provokation zur Auseinandersetzung mit politisch kontroversen Themen auch über Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung möglich bleibt, zum Beispiel auch für die praktisch rechtlosen Schüler in Bayern, denn oberstes Lernziel jeder politischen Bildung bleibt die Befähigung zur Selbst- und Mitbestimmung.

(-/6.5.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller